

Gemeinde Haimhausen

Haimhausen, 14.12.2018

Niederschrift Gemeinderat

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, den 13.12.2018 um 19:30 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 21:00 Uhr

Alle Mitglieder waren ordnungsgemäß geladen, gegen Form und Frist der Ladung werden keine Einwände erhoben.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 15.11.2018, die heute aufliegt, werden keine Einwände erhoben, sie gilt damit als genehmigt (§ 24 Abs. 2 GeschO).

Vorsitzender: Erster Bürgermeister Peter Felbermeier

Anwesende
Gemeinderäte: Claudia Kops
Angelika Goldfuß
Anton Bredl
Ergun Dost
Anton Johann Eberl
Josef Heigl
Simon Käser
Armgard Körner
Thomas Kranz
Michael Kuffner
Ludwig Meier
Thomas Mittermair
Martin Müller
Bernhard Seidenath
Theodor Thönnißen
Ingrid Waizmann
Wilhelm Welshofer

Entschuldigt fehlten: Josef Brandmair
Dorothea Hansen
Dr. Manfred Moosauer

Verwaltung: Florian Erath
Peter Haslbeck

Vorsitzender:



Peter Felbermeier
Erster Bürgermeister

Schriftführer:



Otto Felkel
Geschäftsleiter

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil:

1. **Antrag der Bürgerstimme Haimhausen; Übernahme der Privatwege am "Baugebiet Scheitelbreite" in das Gemeindeeigentum;**
2. **Antrag der Bürgerstimme Haimhausen, Veröffentlichung der Tagesordnung von Sitzungen**
3. **Zuschussantrag des Haimhauser Kulturkreises auf Unterstützung des Musiktheaterprojekts "Haimhauser Ball der Vampire"**
4. **Grundsatzbeschluss Zweckvereinbarung Datenschutz**
5. **Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.11.2018**
6. **Bericht des Bürgermeisters**
7. **Wünsche und Anregungen**

Öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2018

Zahl der geladenen Mitglieder: 21
18

Zahl der Anwesenden:

Entschuldigt: 3

Nicht entschuldigt: 0

1. **Antrag der Bürgerstimme Haimhausen; Übernahme der Privatwege am "Baugebiet Scheitelbreite" in das Gemeindeeigentum;**

Sachverhalt:

Ein Grundstückseigentümer eines Anwesens im Baugebiet Scheitelbreite sowie die Bürgerstimme Haimhausen hat an alle Eigentümer der Scheitelbreite ein Schreiben gerichtet, in dem um Unterstützung dafür gebeten wird, dass die Privatwege und Grünflächen im Baugebiet der Gemeinde kostenlos übereignet werden und damit öffentlich werden. Der Antrag wurde in einer Unterschriftenliste von 38 Miteigentümern unterstützt.

Herr Dost übermittelt mit Mail vom 09.11.2018 einen Antrag der Bürgerstimme vom 08.11.2018. Die Bürgerstimme Haimhausen bittet unter Beifügung der Unterstützungsliste den Gemeinderat, die Privatwege an der Scheitelbreite in das Gemeindeeigentum zu übernehmen. Die Begründung ist dem Schreiben (ohne Datum) an alle Eigentümer der Scheitelbreite und dem Antrag der Bürgerstimme vom 08.11.2018 zu entnehmen.
(s. Anlage).

Die Verwaltung möchte hierzu allgemeine Ausführungen und Rechtsvorschriften zum Straßenrecht machen:

Es wird unterschieden in öffentliche und private Straßen und Wege. Landesrechtliche Vorschriften für öffentliche Straßen enthalten das Bayer. Straßen- und Wegegesetz (BayStrWG) und die Verordnung über die Straßen- und Bestandsverzeichnisse (VerzV). Das BayStrWG regelt die Rechtsverhältnisse an den dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straße, Wegen und Plätzen mit Ausnahme der Bundesfernstraßen. Die Straßen der Straßenklassen Staatsstraßen, Kreisstraße, Gemeindeverbindungsstraßen, Ortsstraßen, öffentliche Feld- und Waldwege, beschränkt-öffentliche Wege und Eigentümerwege unterliegen dem Bayer. Straßen- und Wegegesetz.

Unter einer öffentlichen Straße im Sinne des BayStrWG ist nur die dem öffentlichen Verkehr gewidmete Straße zu verstehen. Ohne Widmung kann es eine (rechtlich) öffentliche Straße nicht geben.

Privatstraßen und Privatwege unterscheiden sich von den rechtlich-öffentlichen Straßen vor allem

- wegerechtlich durch das Fehlen der Widmung und aller sich daraus ergebenden Wirkung und
- (möglicherweise) funktionell durch die Zweckbestimmung für individuelle Verkehrsbedürfnisse. Bei Privatstraßen bestimmt der Eigentümer, ob und wie sie angelegt werden. Er eröffnet oder duldet die Benützung der Straßen zu Verkehrszwecken. Er bestimmt kraft seines Eigentumsrechts, wer die Straße

benutzen darf. Auf diesen Straßen und Wegen kann sich deshalb auch ein allgemeiner Verkehr entwickeln. Die Person des Grundeigentümers der privaten Straßen spielt keine Rolle. Auch eine Gemeinde kann Eigentümer einer Privatstraße sein.

Eigentümerwege sind die Straßen, die von den Grundstückseigentümern in unwiderruflicher Weise einem beschränkten oder unbeschränkten öffentlichen Verkehr zur Verfügung gestellt werden und keiner anderen Straßenklasse angehören. Der Eigentümerweg bedarf der Zustimmung aller Miteigentümer. Der Wegeeigentümer kann dazu nicht aufsichtlich gezwungen werden.

Beschränkt-öffentliche Wege sind Straßen, die einem beschränkt-öffentlich Verkehr dienen und eine besondere Zweckbestimmung haben können. Hierzu zählen die Friedhof-, Kirchen- und Schulwege, die Wanderwege, sowie die Geh- und Radwege sowie die Fußgängerbereiche. Die Widmung ist hinsichtlich der Art und Weise des überwiegenden Zwecks der Benützung eingeschränkt.

Straßenbaulast und Verkehrssicherungspflicht

Die Straßenbaulast umfasst alle mit dem Bau und der Unterhaltung der Straßen zusammenhängenden Aufgaben. Nicht zur Straßenbaulast rechnen das Räumen und Streuen sowie das Reinigen und die Beleuchtung. Diese Maßnahmen sind Teile der Verkehrssicherungspflicht. Verkehrssicherungspflicht ist eine Pflicht, die öffentlichen Verkehrsflächen möglichst gefahrlos zu gestalten und zu erhalten und im Rahmen des Zumutbaren alles zu tun, um die Gefahren abzuwenden, die den Verkehrsteilnehmern aus einem nicht ordnungsgemäßen Zustand der Verkehrsflächen drohen.

Träger der Straßenbaulast für

Privatweg: Eigentümer

Eigentümerweg: Eigentümer

Beschränkt-öffentlicher Weg: Gemeinde

Verkehrssicherungspflichtig für

Privatweg: Eigentümer

Eigentümerweg: Eigentümer

Beschränkt-öffentlicher Weg: Gemeinde

Widmung als öffentliche Straße

Die Widmung ist ein rechtsgestaltender Verwaltungsakt. Der Straßenbaulastträger hat die Widmung förmlich zu Verfügung. Voraussetzung der Widmung ist:

- dass der Träger der Straßenbaulast das dingliche Recht hat, über das der Straße dienende Grundstück zu verfügen
oder
- dass der Träger der Straßenbaulast den Besitz durch Vertrag, durch Einweisung oder in einem sonstigen gesetzlichen Verfahren (z. B. Flurbereinigungsverfahren) erlangt hat oder
- dass der Eigentümer und ein sonst zur Nutzung dinglich Berechtigter der Widmung zugestimmt haben.

Privatwege im Baugebiet Scheitelbreite:

Im Erschließungsvertrag vom 13.08.1975 zwischen der Gemeinde und der Firma „Deutsches Heim“ vom sind folgende Passagen zu finden:

„Grundlage für die Verkehrserschließung bildet der als Satzung festzusetzende Bebauungsplan. Der Bebauungsplan und der das Abrechnungsgebiet begrenzende Plan umfassen die fünf Eigentümerwege mit Längen von ...“

... Nach Abschluss der von Deutsches Heim zu veranlassenden Maßnahmen werden die öffentlichen Erschließungsanlagen – mit Ausnahme der Eigentümerwege – von der Gemeinde übernommen...“

Einem Aktenvermerk vom 08.08.1979 vom früheren geschäftsleitenden Beamten, Herrn Pache über die Schlussabnahme der „Eigentümerwege“ ist zu entnehmen:

„Die Eigentümerwege sollen nur beschränkt für den öffentlichen Verkehr zugelassen werden. Aus diesem Grund sind am Beginn und am Ende der Eigentümerwege noch Absperpfosten einzubauen. “

Eine Widmungsverfügung und eine Eintragung des Bestandsverzeichnisses für Eigentümerwege sind nicht vorhanden. Was der Grund hierfür ist, kann nicht mehr nachvollzogen werden. Ob in Kaufverträgen die für die Widmung erforderlichen dinglichen Rechte beurkundet sind, die eine nachträgliche Widmung ermöglichen, wurde nicht geprüft, da sich an der Straßenbaulast bzw. Verkehrssicherungspflicht nichts ändert. Nach jetzigem Wissensstand handelt es sich bei den Wegen im Deutschen Heim um Privatwege.

Privat- und Eigentümerwege im Gemeindegebiet

Eine Übernahme der Privatwege durch die Gemeinde schafft Präzedenzfälle für alle Fuß- und Radwege anderer Baugebiete wie z. B. Privatwege im Baugebiet Deutsches Heim, Eigentümerwege im Baugebiet Grundfeld und die Eigentümerwege im Mischgebiet (s. beiliegende Pläne und die Zusammenstellung der Flächen und Anzahl der betroffenen Eigentümer – im Baugebiet Scheitelbreite). Auch die diversen befahrbaren Eigentümerwege wie z. B. im Baugebiet Inhausermoos oder die Privatwege wie z. B. der Mühlbachweg und die Erschließungsstraße am ehemaligen „Knaupp-Anwesen“ an der Dachauer Straße (Aufzählung nicht abschließend) werden von den Eigentümern unterhalten.

Weiteres Vorgehen:

Aus kommunalrechtlicher Sicht soll die Gemeinde nach Art 74 Abs.1 GO Vermögensgegenstände nur erwerben, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Die Gemeinde hat aufgrund ihres Selbstverwaltungsrechts bei solchen Entscheidungen hinsichtlich der Einhaltung der Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit einen weitgehenden Entscheidungsspielraum. Die Schwelle zur Rechtswidrigkeit ist erst dann überschritten, wenn das gemeindliche Handeln mit den Grundsätzen vernünftigen Wirtschaftens schlechthin unvereinbar ist. Dies wäre dann der Fall, wenn die dauerhafte Leistungsfähigkeit nicht mehr gewährleistet wäre. Die dauerhafte Leistungsfähigkeit ist dann gewährleistet, wenn die Einnahmen des Verwaltungshaushaltes die Ausgaben des

Verwaltungshaushaltes übersteigen. Für uns zu überprüfen wäre in Folge dessen, wie hoch die Folgekosten (Instandsetzungskosten, laufender Unterhalt, Winterdienst etc.) sind und wie stark diese Kosten den Verwaltungshaushalt beeinträchtigen. Hier wäre u. a. bereits zu erwähnen, dass die Kreisumlage in den nächsten 3 Jahren um rd. 200.000 Euro/p.A. ansteigen wird, wodurch die dauerhafte Leistungsfähigkeit der Gemeinde ohnehin schon geschwächt wird. Um hier eine dauerhafte Leistungsfähigkeit beurteilen zu können, bedarf es einer Grundsatzentscheidung, ob und wie viele Privat- und Eigentümerwege in die Baulast und Unterhaltungspflicht der Gemeinde übernommen werden.

Des Weiteren muss geklärt werden, welche Voraussetzungen (z. B. Kaufvertrag - teilweise 142 Eigentümer - , Zustimmung zur Widmung) für die Übernahme der Straßenbaulast und der Verkehrssicherungspflicht herbeigeführt werden müssen. Interessant ist auch die Frage, wie wird verfahren, wenn nicht alle Miteigentümer ihren Eigentumsanteil an die Gemeinde veräußern. Zur sorgfältigen Aufbereitung des Antrages benötigt die Verwaltung noch Zeit und rechtliche und fachliche Unterstützung. Dabei wäre auch zu klären, durch welche Maßnahmen die hier zusätzlich auf die Gemeinde zukommenden Ausgaben gegenfinanziert werden können.

Da es sich hier um einen Präzedenzfall handelt, schlägt die Verwaltung vor, eine generelle Entscheidung zur Übernahme von Privatwegen/Eigentümerwegen zu treffen. Sollte diese generelle Entscheidung bejaht werden, wäre die Verwaltung mit einer weiteren fundierten Bearbeitung des Antrags zu beauftragen.

Diskussionsverlauf:

Aus der Mitte des Gremiums wurden u.a. folgende Aspekte angesprochen:

- Alle Privatwege-Anlagen im Gemeindegebiet müssen gleich behandelt werden.
- Vor einer Übernahme-Entscheidung wäre anwaltschaftliche Beratung sowie technische Bestandserfassung der Anlagen erforderlich.
- Für die Eigentumsübertragung aller Privatwege wären hunderte von Notarverträgen erforderlich. Eigentumsübertragung setzt die Übereignung durch alle Anteils-Eigentümer voraus (Dies zu erreichen wurde bezweifelt).

Bürgermeister sieht Lösung in pragmatischen Vorgehen, wie es in der Vergangenheit auch schon von der Gemeinde praktiziert wurde.

Beschluss Nr. 1:

Die Gemeinde stellt den betroffenen Miteigentümern pragmatische Unterstützung beim Unterhalt ihrer Gemeinschaftsanlagen im Einzelfall in Aussicht – ohne Anerkennung einer Rechtspflicht.

Abstimmungsergebnis: 17 : 1 (angenommen)

2. Antrag der Bürgerstimme Haimhausen, Veröffentlichung der Tagesordnung von Sitzungen

Sachverhalt:

I. Antrag der Fraktion Bürgerstimme Haimhausen, vom 16.11.2018

(Eingang per E-Mail von Herrn Dost vom 16.11.2018, 14:21 Uhr, an den Ersten Bürgermeister und die Geschäftsleitung der Gemeinde Haimhausen)

Wortlaut des Antrags:

- *Bekanntgabe der Inhalte der Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzungen (GR-Sitzungen, Ausschüsse und kommunale Unternehmen) in verallgemeinerter Form.*
- *Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse dieser Punkte nach Wegfall der Geheimhaltungsgründe.*
- *Veröffentlichung der Tagesordnungspunkte mit entsprechendem Sachverhalt vom öffentlichen Teil im RIS vor den Sitzungen.*

Die Fraktion begründete den Antrag wie folgt:

Die Sitzungen des Gemeinderats sind generell öffentlich. Nichtöffentlich sollte nur verhandelt werden, wenn es das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner erfordern. Ansonsten müssen die Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil behandelt werden. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, wo und wann die Sitzungen der Gremien bzw. Ausschüsse stattfinden und welche Angelegenheiten behandelt werden. Durch die Einführung des Ratsinformationssystems (RIS) hätten die BürgerInnen die Möglichkeit, online Informationen über die zu behandelnden Themen einzuholen. Allerdings ist diese Möglichkeit verwehrt, da im RIS nur die Überschriften (öffentlicher Teil) aber keine Inhalte sichtbar sind.

Da die Sachverhalte bzw. Beschlussvorschläge des öffentlichen Teils in den Fraktionssitzungen sowieso offen diskutiert werden, sehen wir keine Veranlassung, warum diese Unterlagen nicht im RIS eingestellt werden könnten.

Die Stadt München ist ein rühmliches Beispiel, das man als Vorbild nehmen könnte. Im RIS der Stadt kann sich jeder über die Tagesordnungspunkte der öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen informieren.

Wie ein Sprecher der Rechtsabteilung der Stadt bestätigt, hat man sich im Münchener Stadtrat im Sinne transparenter und bürgernaher Rathauspolitik ganz bewusst für diese Vorgehensweise entschieden und gute Erfahrungen damit gemacht.

Wir bitten unseren Antrag in der nächsten Gemeinderatssitzung, im öffentlichen Teil, zu behandeln und dem zuzustimmen.

II. Form, Frist, Inhalt des Antrages

Die Fraktion bittet darum, den Antrag möglichst in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Zunächst ist festzuhalten, dass obiger Antrag rechtzeitig (gemäß §23 Abs. 1 Satz 3 GeschO) vor der nächsten Sitzung des Gemeinderats (13.12.2018) einging, formgerecht und ausreichend begründet ist (§23 Abs. 1 Satz 1 GeschO).

Inhaltlich behandelt vorliegender Antrag die derzeit gültige Geschäftsordnung vom 22.03.2016. Eine Änderung der Geschäftsordnung ist grundsätzlich, vgl. §36 GeschO, durch Beschluss des Gemeinderats möglich. Vorliegender Antrag ist somit keine laufende Angelegenheit, somit im Gemeinderat zu behandeln.

III. Stellungnahme d. Kommunalaufsicht

Zu den im Antrag aufgeworfenen Fragestellungen wurde durch die Verwaltung eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht des Landratsamtes Dachau eingeholt. Der Sachgebietsleiter des Bereiches, Herr M. Laumbacher, äußert sich wie folgt:

„...bezüglich Ihrer Anfrage zu Art 52 Abs.1 und Abs. 3 GO darf auf u.a. IMS (in FSt. 1999/274) verwiesen werden.

"Die Pflicht, die Tagesordnung ortsüblich bekanntzumachen (Art. 52 Abs. 1 Satz 1 GO), bezieht sich lediglich auf die Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung. Dies ist auch sinnvoll, da allein die Bekanntgabe eines Tagesordnungspunktes (z.B. 'Verkauf des Grundstücks FINr....') schon einen Bruch der Geheimhaltungspflicht darstellen kann. Außerdem darf die Allgemeinheit an der Sitzung ohnehin nicht teilnehmen. Nach Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. Ob das der Fall ist, entscheidet der Gemeinderat, da dieser auch über den Ausschluß der Öffentlichkeit befindet (Art. 52 Abs. 2 Satz 2 GO). Eine bestimmte Form der Bekanntmachung ist nicht vorgeschrieben. Eine amtliche Bekanntmachung i.S. von Art. 26 Abs. 2 GO oder eine ortsübliche Bekanntmachung i.S. von Art. 52 Abs. 1 Satz 1 GO ist zwar nicht erforderlich, aber möglich. Eine Bekanntgabe in öffentlicher Sitzung genügt. Über die Art der Bekanntmachung entscheidet die Gemeinde im Rahmen ihres Selbstverwaltungsrechtes. Bekanntzugeben ist jedoch nur der Beschlußwortlaut, nicht auch der Beratungsverlauf oder die Beratungsbeiträge, das Abstimmungsergebnis oder -verhalten der Gemeinderatsmitglieder. Welche Beschlüsse im einzelnen bekanntgegeben wurden, ergibt sich aus der Niederschrift über die öffentliche Sitzung, in welcher die Bekanntgabe erfolgte. Nach Art. 54 Abs. 3 Satz 2 GO hat jeder Gemeindebürger das Recht, die Niederschriften über öffentliche Sitzungen einzusehen. Auf diese Weise sowie durch Teilnahme als Zuhörer an der Gemeinderatssitzung kann man sich auch über die in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse, bei welchen die Gründe für die Geheimhaltung entfallen sind, informieren."

(Schreiben des Bayerischen Staatsministeriums des Innern vom 9.6.1999 –IB1-1411.1-22)"

IV. Stellungnahme d. Verwaltung

Zu den aufgeführten Punkten des Antrags im Detail:

1.)

Bekanntgabe der Inhalte der Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzungen (GR-Sitzungen, Ausschüsse und kommunale Unternehmen) in verallgemeinerter Form.

Hierzu darf auf Art. 52 Abs. 3 der Gemeindeordnung verwiesen werden. Wie auch Hr. Laumbacher in seiner Stellungnahme bzw. mittels Auszug aus dem Schreiben des BayStMI darlegt, sind zwar die Beschlüsse bekanntzugeben, jedoch weder Beratungsverlauf, Beratungsbeiträge, Abstimmungsergebnis oder Abstimmungsverhalten der Gemeinderatsmitglieder.

3.)

Veröffentlichung der Tagesordnungspunkte mit entsprechendem Sachverhalt vom öffentlichen Teil im RIS vor den Sitzungen.

Nach Möglichkeit werden Sachverhalte fristgerecht zur Ladung für die Gemeinderatsmitglieder zur Verfügung gestellt. Immer wieder sind jedoch kurzfristige Änderungen nötig, die dann zum Teil in Form von Tischvorlagen und/oder Ergänzungen am Sitzungstag zur Verfügung gestellt werden. Alleine aus diesem Grund heraus ist es nicht zweckdienlich, Sachverhalte im öffentlichen Teil des RIS vor Sitzungen einzuspielen, da sich diese kurzfristig auch noch ändern können und eine (ggf. mehrfach aktualisierte) Veröffentlichung zu Missverständnissen führen kann.

Hinzu kommen die z. T. bereits ausgeführten Vorbehalte der Gemeindeordnung; vgl. hierzu Art. 52 Abs. 1 Satz 1 GO: Zeitpunkt, Ort und Tagesordnung sind zu veröffentlichen. Dies ist als „Pflichtteil“ abschließend.

Im Weiteren siehe auch Art. 54 Abs. 1 Satz 2 GO: Behandelte Gegenstände (damit auch Sachverhalte) sind Bestandteile der Niederschrift; die Einsichtnahme ist für Gemeindebürger erst nach Genehmigung der Niederschrift möglich; Art. 54 Abs. 2 und 3 GO.

Im Einzelfall ist es natürlich denkbar, Sachverhalte, sofern diese unstrittig sind und nicht mehr geändert werden, vorab zu veröffentlichen. Darüber zu befinden, ist jedoch äußerst schwierig und kann bei wiederholter Anpassung eher dazu beitragen, eingestellte Unterlagen als „nur vorläufig“ und damit „unverbindlich“ zu betrachten. Da es den Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürgern jederzeit frei steht, am öffentlichen Teil von Sitzungen teilzunehmen und hier direkt darüber informiert zu werden, welche Sachverhalte diskutiert und dann entschieden wurden, ist einer ausreichenden Transparenz Genüge getan.

Im Weiteren gehe ich davon aus, dass der Antrag der Bürgerstimme Haimhausen somit antragsgemäß, fristgerecht und gemäß der Geschäftsordnung behandelt wurde.

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat lehnt die beantragte Bekanntgabe der Tagesordnungen von nichtöffentlichen Sitzungen in verallgemeinerter Form, d.h. Erstellung von „Schatten“-Tagesordnungen ab.

Abstimmungsergebnis: 15 : 3 (angenommen)

Die Bekanntgabe der Tagesordnung der nichtöffentlichen Sitzungen ist nicht verpflichtend – vgl. Art 52 Abs. 2 Satz 1 GO sowie o. g. IMS. Weiterhin regelt § 21 Abs. 3 Satz 2 GeschO, analog der Vorgaben aus der Gemeindeordnung, dass die „Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen (...) nicht bekannt gemacht“ wird. Der Umstand der Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung unterstreicht, dass Gründe für eine Geheimhaltung vorliegen, vgl. hierzu auch § 19 GeschO.

Die Landeshauptstadt München hat, wie Sie auch in Ihrer Begründung ausführen, für sich den Weg gewählt, auch die Tagesordnungspunkte nichtöffentlicher Sitzungen in verallgemeinerter Form vor den Sitzungen zu veröffentlichen.

Bezieht man die Größe der LHM (rd. 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner; ca. 38.400 aktiv Beschäftigte in 13 Referaten und mehreren Eigenbetrieben wie AWM, MHM, MSE), die Masse an zu behandelnden Themen (80 gewählte StR-Mitglieder, 10 Fraktionen bzw. Gruppierungen, 17 Ausschüsse), wie auch den dahinter stehenden „Verwaltungsapparat“ (mehrere hundert Beschäftigte für Stadtrats- und Ausschussangelegenheiten im Direktorium sowie in jedem Referat der LHM) in die Betrachtung mit ein, werden mehrere Dinge augenscheinlich:

- Bereits die Nennung eines Themas führt in sehr vielen Fällen in einer kleinen Kommune wie Haimhausen dazu, dass Rückschlüsse auf Personen, deren wirtschaftliche Verhältnisse, oder sonstige schutzwürdige Interessen möglich sind.
- In Haimhausen nichtöffentlich zu behandelnde Themen gehen nicht in einer „gewaltigen Masse“ unter, sondern finden entsprechende Aufmerksamkeit – alleine schon deswegen sind die Rechte Einzelner stark zu gewichten.
- Eine verklausulierte oder verallgemeinerte Form der Bezeichnung von Tagesordnungspunkten, wie sie für Situationen in Haimhausen einschlägig und notwendigerweise auf Stichworte beschränkt wäre, führt im Einzelfall zu Verwirrung, was daher gewünschter Transparenz eher zuwider läuft.

Zusammenfassend lässt sich zum ersten Punkt und der Begründung hierzu sagen:

Wann und wo Sitzungen stattfinden, ist bisher und auch weiterhin Bestandteil der Bekanntgaben. Die Tagesordnungspunkte der öffentlichen Sitzung werden auch weiterhin veröffentlicht. Die Themen und Inhalte nichtöffentlicher Sitzungen werden, wie bisher auch, nach entsprechendem Wegfall von Geheimhaltungsgründen und folgendem Beschluss durch die zuständigen Gremien der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Eine Änderung am Verfahren und der Geschäftsordnung ist aus Sicht der Verwaltung nicht angezeigt. Letztendlich bleibt es jedoch Obliegenheit des Gemeinderates, darüber zu befinden.

Für den Geschäftsgang der Ausschüsse (vgl. §33 GeschO) gelten die obigen Ausführungen analog, Kommunalunternehmen (vgl. §35 GeschO) haben eine eigene Unternehmenssatzung zur Regelung des Geschäftsgangs.

2.)

Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse dieser Punkte nach Wegfall der Geheimhaltungsgründe.

Beschluss Nr. 2:

Die Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen sind nach Rechtsauffassung des Bayer. Innenministeriums, selbst wenn die Geheimhaltungsgründe für die Entscheidungen entfallen sind, unzulässig. Die Gemeinde Haimhausen ist an diese Vorgabe gebunden.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 3:

Um kommunalpolitisch interessierten Mitbürgern mehr Einblick in die gemeindliche Gremiumsarbeit zu ermöglichen, sollen künftig die Sachverhalte zu den öffentlichen Tagesordnungspunkten des Gemeinderats sowie all seiner Ausschüsse auch auf der gemeindlichen Homepage eingestellt, also öffentlich zugänglich gemacht werden. Es ist bei der Bekanntgabe dieser Vorlagen darauf hinzuweisen, dass diese Sachverhalte nur den aktuellen Bearbeitungsstand der Veröffentlichung wider geben, der sich bis zur jeweiligen Sitzung noch verändern kann – also nur vorläufig sind. Die Sachverhalte sollen erst den Bürgern zugänglich werden, wenn sie einen gewissen Grad an „Belastbarkeit“ haben, spätestens aber zwei Tage vor einer Sitzung. Für eine Regelsitzung des Gemeinderats bedeutet dies eine Veröffentlichung im Lauf des Dienstags vor einer Sitzung.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

3. Zuschussantrag des Haimhauser Kulturkreises auf Unterstützung des Musiktheaterprojekts "Haimhauser Ball der Vampire"

Sachverhalt:

Der Haimhauser Kulturkreis e.V. beabsichtigt ab 28. Juni 2019 das Musiktheater „Haimhauser Ball der Vampire“ aufzuführen. Die Produktionskosten werden bei rund 95.000 Euro liegen. Zur Durchführung des Projekts bittet der Kulturkreis um einen Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro sowie um eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 20.000 Euro.

Auf den beigegeführten Antrag vom 26.11.2018 wird verwiesen.

Im Haushaltsjahr 2018 sind die Mittel zur Gewährung von Zuschüssen an Vereine für Theateraufführungen aufgebraucht. Die Mittelbereitstellung könnte im Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 erfolgen.

Beschluss Nr. 1:

Für das Musiktheaterprojekt „Haimhauser Ball der Vampire“ wird dem Haimhauser Kulturkreis e.V. ein Zuschuss in Höhe von 20.000 Euro gewährt. Der Zuschuss ist im Haushaltsjahr 2019 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

Beschluss Nr. 2:

Der Gemeinderat gewährt die beantragte Ausfallbürgschaft für die Veranstaltung „Haimhauser Ball der Vampire“ in der Zeit vom 28. Juni 2019 bis 06. Juli 2019 in Höhe von maximal 20.000 Euro.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

4. Grundsatzbeschluss Zweckvereinbarung Datenschutz

Sachverhalt:

Am 25. Mai 2018 trat die neue Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) der Europäischen Union in Kraft, das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG; bezieht sich auf unternehmerisches Handeln, Vereine etc.) und das Bayrische Datenschutzgesetz (BayDSG; Schwerpunkt auf hoheitlichen Tätigkeiten) wurden neugefasst.

Angefangen mit Kommunen, die sich bereits seit Jahren intensiv mit dem Thema Datenschutz befassen, bis hin zum bayr. Landesbeauftragten für den Datenschutz, Prof. Dr. Thomas Petri, wird eine sehr große Zahl von Arbeitshilfen, Schulungen und Umsetzungsempfehlungen angeboten. Einig sind sich alle jedoch darin, dass der Bedeutung, aber auch der Komplexität der Thematik geschuldet eine Frage immer wieder unbeantwortet im Raum steht: Wer macht es?

Generell wird das Thema fast überall bisher „stiefmütterlich“ behandelt. Sofern die Aufgabe „Datenschutz“ bei einem örtlichen Datenschutzbeauftragten überhaupt in der Stellenbeschreibung auftaucht, umfasst dies max. 5% einer Vollzeitstelle. Problematisch zu sehen ist v. a. der Umstand, dass durch die Neufassung der rechtlichen Grundlagen die Verpflichtung der Gemeinde zur Durchführung diverser Maßnahmen und Tätigkeiten (Rechenschafts-/Informationspflichten, Verfahrensverzeichnis, Datenschutzfolgeabschätzungen etc.) vorhanden ist, jedoch weder die Fachlichkeit noch die Kapazität zur Durchführung zur Verfügung steht.

Seitens Landesbeauftragten wird daher die Bildung über-regionaler bzw. zumindest interkommunaler Kräfte dringend empfohlen, um mittels Zweckvereinbarung einen gemeinsamen Datenschutzbeauftragten zu bestellen, auszuschreiben und zu besetzen.

In Petershausen fand hierzu am 09.11.2018 ein Workshop mit allen interessierten Gemeinden des Landkreises statt (14 von 17, ohne die Große Kreisstadt Dachau, Bergkirchen und Hebertshausen), bei welchem die Referentin Frau Elisabeth Mayer, selbst gemeinsame Datenschutzbeauftragte des Landkreises und Landratsamtes Regensburg, den Vertretern der anwesenden Gemeinden die aktuelle Rechtslage und die Erfüllung der Pflichtaufgabe im Rahmen der kommunalen Zusammenarbeit näherbrachte.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass eine effektive Aufgabenerfüllung nur dann gewährleistet werden kann, wenn nicht lediglich die/der bisherige Datenschutzbeauftragte im Rahmen eines geringen Zeitanteils die Zusatzaufgaben erfüllt, sondern eine für die Landkreismunicipalitäten gemeinsam zuständige Person. Der Aufwand der Personalkosten einschließlich der erforderlichen Aus- und Fortbildung sowie der Fachliteratur kann gemeinsam getragen werden, zudem besteht die

Möglichkeit der Inanspruchnahme etwaiger Fördermittel. Weiterhin lassen sich bereits geklärte Fragestellungen auf zu lösende Probleme anderer Gemeinden übertragen.

Die einzelnen Regelungen und Modalitäten sollen in einer Zweckvereinbarung fixiert werden.

Beschluss Nr. 1:

Der 1. Bürgermeister wird beauftragt, die Verhandlungen zur gemeinsamen Bestellung eines Datenschutzbeauftragten für die teilnehmenden Gemeinden im Landkreis Dachau fortzusetzen; vor Unterzeichnung der entsprechenden Zweckvereinbarung wird diese dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

5. Veröffentlichung von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 15.11.2018

Beschluss Nr. 1:

Der Gemeinderat beurteilt die Rechtslage für die in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse, so, dass für diese zu keinem Zeitpunkt die Gründe der Geheimhaltung wegfallen werden.

Abstimmungsergebnis: 18 : 0 (angenommen)

6. Bericht des Bürgermeisters

6.1 Verbrauchermarkt-Ansiedlung

Sachverhalt:

Die öffentliche Sondersitzung am Samstag, 12. Januar 2019 bei der mögliche Betreiber eines künftigen Verbrauchermarktes (= Vollsortimenter) ihre Konzepte vorstellen sollen, wird um 9:30 Uhr beginnen. REWE wird bei der Vorstellungsrunde nicht vertreten sein; sie haben ihr Interesse zurückgezogen.

Im Rahmen dieser Sondersitzung sollte u.a. auch der Wortlaut des grundsätzlich beschlossenen Bürgerentscheids „verabschiedet“ werden, nachdem jetzt feststeht, dass nur noch die Standort-Alternative am Kramer Kreuz (techn.) in Betracht kommt.

Diskussionsverlauf:

Die Verwaltung wurde gebeten mit REWE nochmals zur Vorstellung am 12. Januar 2019 einzuladen.

6.2 Amtliche Einwohnerzahlen zum Stichtag 30.06.2018

Sachverhalt:

Vom Statistischen Landesamt wurden im November 2018 die amtlichen Einwohnerzahlen zum Stichtag 30.06.2018 bekannt gegeben. Danach zählte die Gemeinde Haimhausen 5620 Einwohner ohne Nebensitzen (zum Vergleich Stichtag 31.12.2017: 5579 Einwohner) der gesamte Landkreis Dachau insgesamt 153.547 Einwohner (152.703 Einwohner).

6.3 Fluglärmmessung 2019

Sachverhalt:

Vom 10.7. bis 17.08.2017 fand in Oberndorf die letzte Fluglärmmessung statt. Leider konnte die für 2018 beantragte Fluglärmmessung nicht durchgeführt werden, da die Flughafen GmbH in erster Linie an bereits zugesicherte Messaufträge im näheren Umfeld des Flughafens gebunden war. Die Messung ist nun für März 2019 angekündigt.

Das Einverständnis des Gemeinderates vorausgesetzt, würde die Verwaltung eine Messung in Haimhausen vorschlagen. Lt. der Flughafen GmbH könnte man unter Berücksichtigung der umliegenden Lärmquellen den Standort östlich des Baugebietes Am Pfanderling wählen, wo derzeit die Luftgütemesstelle platziert ist. In der Vergangenheit wurden folgende Standorte Messtellen bestimmt:

2008 bis 2011: Amperpettenbach
2013 und 2014: Unterer Bründlweg
2015: Kellerberg
2016 und 2017: Oberndorf

Diskussionsverlauf:

Mit dem vorgeschlagenen Standort „Am Pfanderling“ bestand im Gremium Einverständnis.

6.4 Sachstand zur derzeit laufenden Personalgewinnung

Sachverhalt:

Ausbildungs-/Studienplatz QE 3 (Hof a. d. Saale)

Ursprünglich wurden uns 43 Personen gemeldet, die sich für die Prüfung beim Landes Personal Ausschuss anmeldeten und Haimhausen als Wunschort angaben. 20 Personen absolvierten den Test erfolgreich.

Vier haben bisher nicht reagiert.

Sechs haben sich u.a. wg. Wohnort (Oberpfalz, Unterfranken, Niederbayern) nach Rücksprache anderweitig entschieden.

Eine Person überlegt aktuell, ob das überhaupt etwas für sie ist.

Mit neun finden in Kürze Kennenlern- bzw. Auswahlgespräche statt.

Finanzabteilung

Heute Vormittag fanden zwei Gespräche statt, morgen weitere drei. Entscheidung wird sehr zügig erfolgen.

6.5 Allgemeines

Sachverhalt:

Aufgrund der in der letzten Sitzung beschlossenen Sondersitzung am 12.01.2019 sowie der Termin-Verschiebung der Gemeinderatssitzung im Oktober 2019 wurde u.a. allen GR-Mitgliedern ein fortgeschriebener Sitzungskalender für 2019 übermittelt.

7. Wünsche und Anregungen

Diskussionsverlauf:

Keine Themen.

Ende der Sitzung.